

3 Tunnelalternative für Feldkirch präsentiert
Eine Bürgerplattform bringt ein neues Konzept in Spiel.

11 Kampf gegen den Einkaufstourismus
Optiker aus Buchs fordert die Behörden weiter heraus.

15 Die besten Liechtensteiner Torjäger
Zwei Spieler knacken 20er-Marke
Mathias Barandun glänzt mit 23 Treffern



Samstag, 16. Juni 2018
141. Jahrgang Nr. 115

Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Heute

Im Unterland
Gemeinde-Kulturtag in Mauren und Eschen

In Eschen und Mauren finden heute die Kulturtag statt. Während im Maurer Kulturhaus Rössle das vielfältige Programm bereits um 9 Uhr startet, wird auf dem Dorfplatz in Eschen um 19 Uhr die FL-Rockszene beim «Rock am Kultur-Ring» aufspielen.

Sport Das Vereinsjahr 2017/18 des Bob- und Skeleton-Clubs Liechtensteins stand im Zeichen eines sportlichen Neustarts. Im Eiskanal agieren junge Athleten, im Vorstand erfahrene Kräfte. **Seite 19**

Kultur Der Landtag beschloss im Juni 1969 das Gesetz betreffend die Errichtung der Stiftung Liechtensteinische Staatliche Kunstsammlung. Ein Ziel: Das Kunstverständnis des Volkes sollte gefördert werden. Mit der Schenkung eines illustren Grafen aus Benden war der Grundstein dafür gelegt worden. **Seite 23**

Wetter Die Sonne lacht heute von einem blauen Himmel. **Seite 25** **12° 26°**

Inhalt

Inland	2-9	Kultur	21-23
Ausland	10	Kino/Wetter	25
Wirtschaft	11-14	TV	26+27
Sport	15-19	Panorama	28

Fr. 2.50 www.volksblatt.li
Verband Südostschweiz



ANZEIGE

Fahr.Werk
KRAFTFAHRZEUGE
EST. 2005

MOUSTACHE
Dein perfektes E-Bike!
#Jobbike #4Fun #Family #City
Für jeden Geschmack!
FAHRWERK, Reichsstraße 123, 6800 Feldkirch
T. +43 522 82787 - www.fahr-werk.at

MWST. - Rückvergütung 10% - Preiserrabatt

Studie von Zukunft.li: Wären Gemeindefusionen sinnvoll?

Potenzial Eine Gemeinde Unterland und eine Gemeinde Oberland, das wäre doch ausreichend, so lautet eine häufig gehörte Stammischmeinung. Die Stiftung Zukunft.li hat in ihrer neusten Studie untersucht, wie gross das Sparpotenzial wäre.

VON DORIS QUADERER

An der Lihga 2016 hatte das Liechtenstein-Institut die Besucher für eine nichtrepräsentative Umfrage gefragt, ob sie sich Gemeindefusionen vorstellen könnten. Rund jeder Dritte hatte Ja angekreuzt. Grund genug, um mal genauer hinzuschauen, ob sich dieser Schritt denn auch auszahlen würde. Vorbilder gibt es in unser Nachbarschaft genug. In der Schweiz ist in den 1990er-Jahren ein regelrechter Boom an Gemeindefusionen ausge-

brochen. Von mehr als 3000 sank die Zahl auf mittlerweile rund 2250 Gemeinden. Idealerweise gäbe es laut einer Studie von Avenir Suisse rund 800 bis 1000 Gemeinden in der Schweiz – es besteht also durchaus noch Fusionspotenzial.

Hier kein Fusionsdruck feststellbar
In Liechtenstein halten sich hingegen die elf Dörfer hartnäckig. Und das macht auch Sinn, hielt Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li, bei der Präsentation der Studie «Effizienzpotenzial der

Gemeinden - Aufgabenerfüllung im Spannungsfeld zwischen Autonomie und Fusion» fest. Zwar könnten durch Gemeindefusionen tatsächlich Kosten gespart werden, insbesondere im Bereich der Verwaltung, allerdings sei das Potenzial nicht so hoch, dass sich der Aufwand heute schon lohnen würde. Schliesslich stecke keine der elf Gemeinden in akuten Finanznöten. «Die Grösse der Gemeinden sowie deren finanzielle Situation lösen derzeit keinen akuten Bedarf für eine Fusion von Gemeinden aus. Aber so wie die Pri-

vatwirtschaft muss sich auch die Verwaltung ständig auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen», erklärte Thomas Lorenz. Es wäre aber lohnenswert, wenn die Gemeinden in verschiedenen Bereichen enger kooperieren würden. Zu einem ähnlichen Schluss war auch Andreas Brunhart vom Liechtenstein-Institut gelangt, der im März eine Studie zu Gemeindefinanz veröffentlichen hatte. Darin hatte auch er das Thema Gemeindefusion angeschnitten und keinen Fusionsdruck ausmachen können. **Seite 3**



Fussball-WM
Punkteteilung im Spitzenspiel

Das erste Topduell an dieser WM in der Gruppenphase zwischen Spanien und Portugal hatte es in sich. Cristiano Ronaldo rettete mit seinem dritten Treffer kurz vor Ende der Partie seinem Team noch einen Punkt. Zuvor hatte Spanien einen 1:2-Rückstand in eine 3:2-Führung gekehrt – eine gerechte Punkte-teilung. (Foto: RM)

Seiten 16 und 17

Ab 2019 Autofahrer müssen erst mit 75 Jahren zum Arzt

BERN/VADUZ Ab dem 1. Januar 2019 müssen sich Schweizer Autofahrer erst ab dem Alter von 75 Jahren alle zwei Jahre einer medizinischen Untersuchung unterziehen. Der Bundesrat hat die Erhöhung der Altersmitte von 70 auf 75 Jahre auf diesen Zeitpunkt in Kraft gesetzt. Der Vollzug der neuen Regelung liegt in der Zuständigkeit der Kantone, wie das Bundesamt für Strassen (ASTRA) schreibt.

Umsetzung auch in Liechtenstein

Auch in Liechtenstein sorgt das Thema seit Jahren immer wieder für Diskussionen (das «Volksblatt» berichtete). So hatte die Motorfahrzeugkontrolle (MFK) das «zeitgemässe Vorgehen» der Schweiz bereits früher begrüsst. Wie MFK-Leiter Otto C. Frommelt auf «Volksblatt»-Nachfrage be-

stätigt, sei auch in Liechtenstein angedacht, die rechtlichen Bestimmungen per Anfang 2019 umzusetzen.

Anpassung des Informatiksystems

In der Schweiz muss nun bis Ende Jahr das Informatiksystem auf Bundesebene angepasst werden, weil die Aufgebote zur Untersuchung zum grössten Teil automatisiert ablaufen. Die Gesetzesänderung geht auf eine parlamentarische Initiative von Maximilian Reimann (SVP) zurück, welcher das Parlament zugestimmt hatte. Der Bundesrat unterstützte das Anliegen. Die Gesundheit der heutigen Senioren sei besser als bei Einführung der obligatorischen Untersuchung in den 1970er-Jahren, sagte Verkehrsministerin Doris Leuthard im Parlament. Die Gegner warnten dagegen vor einem höheren Unfallrisiko. (sda/red)

Schweizer Postchefin

Susanne Ruoff erhält vorläufig keine Boni

BERN Der Subventions-Skandal bei der Post könnte Susanne Ruoff mehr als nur die Stelle kosten. Die Boni der inzwischen freigestellten Chef werden erst nach Abschluss der Untersuchung freigegeben. Diese belaufen sich auf bis zu 310 000 Franken. Das geht aus dem Kaderlohnreporting hervor. Auch die variablen Lohnbestandteile für das laufende Jahr sind blockiert. Ob die Beträge ausbezahlt werden, entscheidet sich gemäss dem Bericht erst nach Abschluss aller Untersuchungen. Das Bundesamt für Polizei klärt derzeit die strafrechtliche Verantwortlichkeit. Ruoff muss trotzdem nicht darben. Ihr Fixlohn belief sich letztes Jahr auf 610 000 Franken. Für Spesen, GA, und andere Nebenleistungen erhielt sie über 50 000 Franken. (sda)

Eishockey

Neuer Präsident und Trainer beim EHCVS

VADUZ Beim EHC Vaduz-Schellenberg übernimmt Florian Bernardi das Präsidentenamt. Marco Adank wird in der neuen Saison als Spielertrainer agieren. **Seite 19**

ANZEIGE

SUBWAY
All you can eat
CHF 18.90

So viele Subs wie du magst, ein Getränk und ein Cookie.
Montag und Freitag ab 14 Uhr

Subway® ist eine eingetragene Marke von Subway® IP Inc. ©2013 Subway® IP Inc.

**Messer kam zum Einsatz
Streit zweier Männer
vor Imbiss eskalierte**

TRÜBBACH Ein 63-jähriger und ein 52-jähriger sind am Donnerstagabend vor einem Imbisslokal in Trübbach aus noch unbekanntem Grund aneinandergesessen. Während des Streits wurde der Jüngere durch ein Messer - das später von Polizisten sichergestellt wurde - unbestimmten Grades verletzt und danach durch die Rettungssanität notversorgt und ins Spital gebracht. Der 63-jährige wiederum zog sich nur leichte Verletzungen zu und wurde noch am Tatort festgenommen, teilte die Kantonspolizei St. Gallen am Freitag mit. (red/pd)

**Wahlen in Graubünden
BDP-Regierungsrat
Parolini schafft die
Wiederwahl knapp**

CHUR Die Bündner BDP hat den Regierungssitz von Volkswirtschaftsdirektor Jon Domenic Parolini verteidigt - allerdings denkbar knapp. Parolinis Vorsprung auf seinen Verfolger, SVP-Regierungsratskandidat Walter Schlegel, schrumpfte gemäss Nachzählung von 68 auf 31 Stimmen. Wie die Ständekanzlei in Chur am Freitag bekannt gab, ergab die Nachzählung 15 867 Stimmen für Regierungsrat Jon Domenic Parolini und 15 836 für Walter Schlegel. Am Sonntag, unmittelbar nach der Wahl, belief sich der Vorsprung Parolinis noch auf 68 Stimmen. Die SVP verpasste damit den Sprung in die Bündner Exekutive zum dritten Mal in Folge. Und die BDP verlor ihren zweiten Sitz an die CVP, die im neuen reinen Männergremium als einzige Partei zwei Vertreter stellt. Ihr zweiter Kandidat Andreas Felix, Geschäftsführer der Baumeisterverbandes, hatte sich wegen des Baukartell-Skandals aus dem Rennen genommen. Bei der Nachzählung ging es um die Vergabe des fünften und letzten Sitzes in der Kantonsregierung. Weil der Unterschied zwischen Parolini und SVP-Kandidat Schlegel am Wahltag weniger als 0,3 Prozent betrug, musste gemäss den Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte nachgezählt werden. Definitiv gewählt wurden am letzten Sonntag Christian Rathgeb (FDP/bisher), Mario Cavigelli (CVP/bisher), Marcus Caduff (CVP/neu) sowie Peter Peyer (SP/neu). Noch offen ist die Departementsverteilung. (sda)

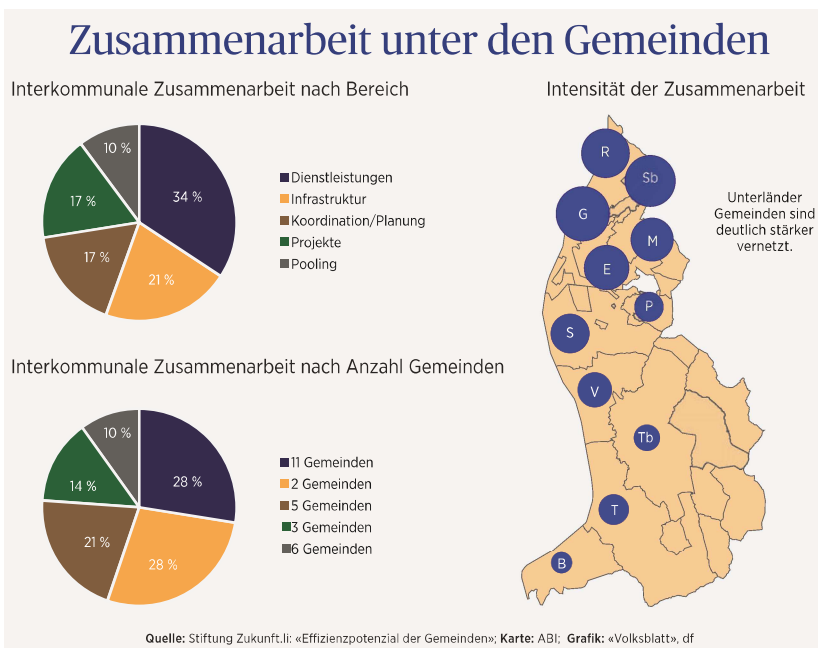
Gemeinden könnten durch mehr Zusammenarbeit profitieren

Effizienz Bereits heute erfüllen die Gemeinden einen nicht unerheblichen Teil ihrer Aufgaben in Kooperation untereinander und teilweise mit dem Land. Doch hier gäbe es laut der neuen Studie der Stiftung Zukunft.li noch weiteres Potenzial.

VON DORIS QUADERER

Derzeit gibt es 29 verschiedene Zusammenarbeitskonstellationen. Am häufigsten sind laut der Studie, die in Zusammenarbeit mit der HTW Chur entstanden ist, Kooperationen im Infrastrukturbereich. Also in den Bereichen Wasser/Abwasser oder der Abfallentsorgung. Aber auch im sozialen Bereich, beispielsweise bei der Jugendarbeit oder der Familienhilfe gibt es eine enge Zusammenarbeit. Dabei lässt sich feststellen, dass die Kooperationsbereitschaft im Unterland deutlich ausgeprägter ist als im Oberland (siehe Grafik). «Der Scheidgraben zeigt sich hier ganz deutlich», kommentierte Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li diesen Umstand. Und doch gäbe es weiteres Potenzial, ist Lorenz überzeugt. Und nicht nur er - auch die elf Gemeindevorsteher sehen Effizienzpotenzial, wie eine Umfrage unter ihnen zeigte. Am grössten wird dieses im Bereich der Informatik (20 Prozent) eingeschätzt, gefolgt vom Bereich Feuerwehr (18 Prozent), der Forstwirtschaft (15 Prozent) sowie der Kulturförderung und -infrastruktur. Ausgehend von den Einschätzungen der Gemeindevorsteher kommt die Studie zum Schluss, dass durch eine Ausweitung der heutigen Zusammenarbeit sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht Effizienzpotenzial besteht. Würde dieses gänzlich realisiert, könnte dieses im Bereich von 6,5 bis 8 Millionen Franken liegen. Je mehr Gemeinden daran beteiligt wären, desto höher wäre auch der Effekt.

Forstbetriebe ja - Feuerwehren nein
Genauer unter die Lupe nahm die Studie unter anderem die Bereiche



Wasserversorgung und Forstwirtschaft. Das grösste Einsparpotenzial zeigte dabei eine Fusion der gemeindeeigenen Forstbetriebe. Hier ergäbe sich Einsparpotenzial von bis zu 28 Prozent beziehungsweise 3,7 Millionen Franken. Im Bereich der Wasserversorgung könnten sich die Oberländer Gemeinden ein Beispiel am Unterland nehmen. Während die Unterländer Gemeinden diesen Bereich bereits zusammengelegt haben, betreibt jede Oberländer Gemeinde noch ein eigenes Wasserwerk. Ein direkter Vergleich der beiden Modelle zeigt: Das Unterländer



«Die Diskussion über Gemeindefusionen wird oft mit Bauchwissen geführt.»
THOMAS LORENZ
STIFTUNG ZUKUNFT.LI

Modell schneidet um 20 Prozent kosteneffizienter ab als jenes im Oberland. Doch was würde es bedeuten, wenn die Feuerwehren fusioniert würden? Immerhin sehen hier die Gemeindevorsteher Einsparpotenzial und auch an Stammtischen kommt das Thema immer wieder aufs Tapet. Thomas Lorenz hat dieses Feld in der Studie zwar nicht systematisch ausgeleuchtet. Dies auch deshalb, weil die Gesamtkosten für diesen Bereich verhältnismässig gering sind. Selbst wenn alle Feuerwehren im Land zusammengelegt würden, ergäbe sich im Bereich «Öf-

fentliche Sicherheit» lediglich ein Einsparpotenzial von rund 270 000 Franken. Eine Fusion der Feuerwehren würde nach persönlicher Einschätzung von Thomas Lorenz daher eher schaden als nützen, da die Identifikation der Feuerwehrleute mit ihrer Gemeindefeuerwehr sehr hoch sei und sie dadurch sehr viel ehrenamtliche Arbeit leisteten: «Ich kenne keinen anderen Bereich, in dem eine öffentliche Aufgabe derart von Freiwilligenarbeit abhängt», so Lorenz.

Staat und Gemeinde entflechten
Neben verstärkter Kooperation der Gemeinden empfiehlt die Stiftung Zukunft.li einmal mehr, die Aufgaben zwischen Land und Gemeinden aus finanzieller Perspektive sauber zu trennen. Dies würde die finanzielle Autonomie der Gemeinden durch eine klare Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung stärken.

«Volksmund»

Zu schön, zu urchig,
um in Vergessenheit
zu geraten

SCHAAN Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürften. Natürlich greifen wir auch hierbei gerne auf das diesbezüglich breite Wissen unserer Leserschaft zurück. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns unter der folgenden E-Mail-Adresse: redaktion@volksblatt.li. (red)



zmetzt
MITTEN

HARGOLANTI, JÄTZT HAN I DR SAFT VOM SAFTBROT ZMETZT UF D BLUSA GLÄTTERET.

www.volksblatt.li

Statt Tunnelspinne: Bürgerplattform in Feldkirch bringt neues Konzept ins Spiel

Bürgerfrage Während noch über die Gültigkeit des positiven UVP-Bescheids zum Stadttunnel verhandelt werden muss, denken Feldkirchs Bürger über Ideen zur Stadtentwicklung nach - darunter auch eine neue Tunnelalternative.

«Stadt entwickeln» heisst das Projekt, das die Bürger von Feldkirch dazu aufruft, nun auch selbst Ideen einzubringen. Unter den 17 Einreichungen im Bereich «Soziales und Infrastruktur, Bildung und Betreuung, Gesundheit und Mobilität» ist auch einer der Plattform «mehr Demokratie» von Angelika Egel und Armin Amann zu finden. Wie die «Vorarlberger Nachrichten (VN)» am Freitag berichteten, ist Amann überzeugt, dass das Projekt Tunnelspinne nicht zukunftsfähig sei. Unter anderem weil der Verkehr nur an die Grenze zu Liechtenstein verlagert

werde, aber auch weil der Trend seiner Ansicht darin liegt, den Verkehr auf die Schiene zu bringen, erklärte er gegenüber den VN. Mit Blick auf die bestehende Infrastruktur hätten sie sich dann überlegt, wie ein zukunftsträchtiges Verkehrskonzept aussehen könnte.

Strassenbahn und Zugverbindung

Ihr Ansatz: Eine Strassenbahn durch die verschiedenen Ortsteile von Feldkirch, begleitet von einem Tunnelarm von der Felsenau nach Tisis-Tosters. Hier würde der Grossteil der Schienen bereits heute stehen, das Gleiche gelte für die Bahnhöfe. In Altenstadt könne ein kleiner Bogen die Züge aus dem Rheintal mit dem bestehenden Schienennetz verknüpfen. Somit könnten Züge über Altenstadt, Gisingen, Tosters und Tisis bis nach Liechtenstein und Buchs fahren. Eine neue Haltestelle soll nach Konzept von «mehr Demokratie» bei der Vorarlberggalerie beim Landeskrankenhaus Feldkirch entstehen. Um alle Teile Feldkirchs zu erreichen, schlägt die Plattform einen Bahntunnel mit

Verkehrskonzept von „mehr Demokratie“

Schienegebundene Verkehrslosung für Feldkirch und die Region



Grafische Darstellung aus den VN vom 15. Juni 2018. (Quelle: VN-Grafik/Maps4News)

Haltestelle im Reichenfeld parallel zum neuen Strassentunnel vor. Die beiden Röhren könnten sich gegenseitig als Rettungstunnel dienen, so Egel in den VN. Was jetzt noch fehle sei eine Lösung für den Güterver-

kehr, die laut Amann auch der geplante Stadttunnel nicht bringen würde. Sinnvoll wäre hier eine Direktverbindung zwischen österreichischer und Schweizer Autobahn, wie sie die S18 liefern soll. (alb)